

JAHRESBERICHT 1994

Verbandsangelegenheiten

Die **Herbsttagung**, die wir 1994 nun schon zum vierten Mal veranstalteten, versammelte wieder weit über 200 Mitglieder von Schulleitungen und Gäste, diesmal insbesondere Elternvertreter, im Schöneberger Rathaus. Sie ist zu einem festen Bestandteil des Berliner Schullebens geworden und ist unser stärkster Werbeträger. Leider konnten wir noch nicht den Tagungsbericht von 1993 veröffentlichen, da uns ein Manuskript nicht, wie versprochen, zuzuging. Wir hoffen, in Kürze Ersatz dafür zu erhalten und in die Veröffentlichung des Tagungsberichtes 1994 einzubeziehen. Trotz der räumlich unzureichenden Bedingungen werden wir wohl bei dem Tagungsort bleiben, da zu vertretbaren Kosten kein geeigneter Tagungsraum mit Nebenräumen für Arbeitsgruppen zu bekommen ist.

Der Vorstand trat im Jahr 1994 zehnmal zu Sitzungen zusammen, davon zweimal ganztägig. Vorbereitung und Durchführung der Herbstveranstaltung beanspruchten einen erheblichen Teil der Arbeitskraft des Vorstands; das finanzielle Risiko geht zu Lasten der Verbandskasse. Gleichwohl ist der Vorstand der Überzeugung, daß der Erfolg den Aufwand lohnt. An dieser Stelle sei ein **Dank** all den Mitgliedern gesagt, die bereitwillig Aufgaben im Zusammenhang mit der Herbsttagung übernommen haben.

Die Entwicklung der **Mitgliederzahl** weist weiter deutlich nach oben. Zu einer Informationsveranstaltung am 15.06. lud der Vorstand, organisatorisch unterstützt von unserer Kollegin Frau Höhn, die Schulleiter des Bezirks Marzahn ein. Beitritte aus den östlichen Bezirken sind zu verzeichnen, die erwartete große Beitrittswelle ist aber noch ausgeblieben.

Auf dem Wege der **Kooptation** nahm der Vorstand im Sommer d.J. die Kollegen/innen Baltrusch, Köhler und Kuhn in den Vorstand auf und verstärkte damit das Gewicht der Oberschulen und der Konrektoren im Vorstand.

Inhaltliche Schwerpunkte der Verbandsarbeit

- Schulautonomie

Nach der Herbsttagung 1993, die im besonderen dem Thema „Autonomie“ galt, setzte der Vorstand eine Arbeitsgruppe ein, die sich aus Vertretern der IBS und Schulaufsichtsbeamten zusammensetzte. Zum damaligen Zeitpunkt waren die Widerstände bei der Schulverwaltung und bei Teilen der Regierungsfractionen gegen eine Teilautonomie der Schulen noch sehr groß. Von dem Ergebnis der Arbeitsgruppe erhofften wir uns - auf Grund der Zusammensetzung - eine größere Durchschlagskraft. Unter der Leitung von Frau Richter stellte die Arbeitsgruppe in aufwendiger Arbeit bis zum Herbst 94 ein Arbeitspapier her unter dem Titel „Die Gestaltung innovativer Prozesse im Bereich Schule. Es wurde im Entwurf in PädF 4/94 veröffentlicht, die Endfassung liegt inzwischen dem Schulsenator vor. Wir erwarten, demnächst unsere Vorstellungen dem Senator persönlich erläutern zu können, und werden dann das Papier auch der Presse übergeben.

Die Arbeitsgruppe hat insbesondere zu den Themen Evaluation und Veränderte Aufgaben der Schulaufsicht Vorschläge erarbeitet. Diese beiden Themenkomplexe sehen wir als die zentralen und gleichzeitig am wenigsten geklärten der Autonomiediskussion an. Klare Konzepte in diesen Fragen dürften entscheidend für den Erfolg einer Erweiterung der Entscheidungskompetenz der Einzelschule und deren Akzeptanz in der Schulverwaltung und in der Öffentlichkeit sein.

Die Vorlagen der Schulverwaltung zum Thema sind z.T. an die Schulen gegangen und auch von uns veröffentlicht worden (s. PädF 3/94 und 5/94). Die Mitgliederversammlungen am 19.04. mit Herrn Oberschulrat Welz und am 27.09. mit dem Landesschulrat, Herrn Pokall, galten ebenfalls dieser Thematik. Am 24.03. hatten Mitglieder des Vorstands bei der Anhörung im Haus der Senatsschulverwaltung Gelegenheit, den Standpunkt des Verbandes zu vertreten. Zwar liegt noch immer nicht ein zukunftsweisendes und mutiges Konzept der Schulverwaltung vor; auch ist die Autonomiediskussion im Herbst d. J. durch die um das Landesschulamt verdrängt worden. Doch ist nicht zu verkennen, daß sich die Schulverwaltung im Laufe des Jahres erheblich bewegt hat. Die Arbeitsgruppe „Autonomie“ konnte mit Überraschung, aber auch Befriedigung feststellen, daß die Schulverwaltung sie zu überholen drohte, und daß Forderungen der IBS, z.T. wörtlich, Eingang in Senatspapiere gefunden haben (Kienbaum-Gutachten).

- Landesschulamt

Über die Vorlagen aus dem Haus der Senatsschulverwaltung berichtete PädF 5/94. Der Bericht wurde von Herrn Winkler zu einem Zeitpunkt verfaßt, zu dem nicht abzusehen war, daß die Schulverwaltung von sich aus die Schulen informiert. (Diese im Grunde selbstverständliche Informationspolitik - vieles erfahren wir ja nach wie vor nur aus der Zeitung - führen wir auch auf unsere Anregungen gegenüber dem Senator zur Zeit seines Amtsantritts zurück.)

Aus Sicht des Vorstands - im Gegensatz zu der Auffassung der Senatsschulverwaltung - ist die Teilautonomie der Einzelschule nicht zwingend mit der Errichtung des Landesschulamtes verbunden. In der Diskussion wurden jedoch beide Themenkomplexe häufig verknüpft, was den Vorstand auch zu einer gemeinsamen Stellungnahme veranlaßte, die den Mitgliedern zugegangen ist. Dabei hat der Vorstand in verschiedenen Punkten klar Stellung bezogen, auch in solchen, die unter unseren Mitgliedern kontrovers diskutiert wurden: Dienstliche Beurteilung, Hausbewerbungen. Dies ist nicht nur deshalb von großer Wichtigkeit, weil man von uns klare Aussagen erwartet, sondern auch, weil der Verband nur so glaubwürdig ist und Beachtung findet. Dies muß unser gemeinsames Anliegen sein, auch wenn in Einzelfragen andere Meinungen unberücksichtigt bleiben.

Inzwischen hat das Abgeordnetenhaus die Errichtung des Landesschulamtes beschlossen. Die personelle Reduzierung der Schulaufsicht erfüllt uns mit Sorge in Bezug auf die Funktion, welche sie im Rahmen von Schulautonomie, insbesondere der Begleitung von Innovationen, erfüllen muß. Eine Kompetenzverlagerung an die Schulen, insbesondere in solchen Fragen, wo schon bisher Entscheidungen der Schule durch die Schulaufsicht nur „abgesegnet“ wurden, wird erfolgen. Der Schulleitung wird damit auch eine größere Verantwortung zuwachsen, was wir grundsätzlich begrüßen. Wir werden darauf achten müssen, daß Schulleitungen, wo erforderlich, dafür qualifiziert werden, und sie nur verantworten müssen, was sie auf Grund der zugebilligten Kompetenz auch verantworten können.

- Verbesserung des Unterrichts in Klasse 5/6 der Grundschule

Am 28.04. fand die 2. Berliner Grundschulkonferenz (Initiative Heyer, ehemals PZ, s.a. Jahresbericht 93) statt. Von einem Gespräch mit dem Landesschulrat Pokall und Oberschulrat Brand wurde berichtet, daß die Schulverwaltung aufgeschlossen sei gegenüber Veränderungen in Klasse 5/6 und Projektunterricht in der Grundschule, jedoch der Einhaltung der Rahmenpläne und einer entsprechenden Jahresplanung Vorrang einräumte.

Der Vorstand wird den Standpunkt der IBS in dieser Angelegenheit im Rahmen der Bemühungen um Teilautonomie für die Schulen weiter verfolgen.

- Nichtpädagogisches Personal

Mit dem Verein der Berliner Schulsekretärinnen fanden mehrfach Kontakte statt. Frau Thiering vertrat den Vorstand bei einer Veranstaltung des Vereins am 21.02. und machte die Unterstützung des Verbandes für die Forderungen der Schulsekretärinnen deutlich:

angemessene Arbeitsplatzbeschreibung,
Einstufung als Sachbearbeiterin,
moderne Büroausstattung.

Unsere Bestrebungen, Einfluß auf eine Änderung der Dienstanweisung für Schulhausmeister zu nehmen, sind vorerst fehlgeschlagen. Die Fachgruppe Schulhausmeister der ÖTV wick Gesprächsvorschlägen aus. Vor den Sommerferien erfuhren wir davon, daß eine veränderte Dienstanweisung, angeblich aus Gründen der Anpassung der Dienstverhältnisse der Schulhausmeister im Ostteil der Stadt, auf dem Zeichnungswege sei. Wir protestierten dagegen, daß die Vorlage von der Senatsschulverwaltung zwar den Verwaltungsleitern in der Abt. Volksbildung der Bezirke zur Stellungnahme zugegangen war, Schulleiter als Vorgesetzte der Betroffenen sowie unser Verband jedoch nicht beteiligt wurden. Wir werden demnächst beim federführenden Senator für Inneres vorsprechen, um langfristig unsere Interessen durchzusetzen.

Die globalen Minderausgaben, zu denen die Bezirke gezwungen werden, führen schon zur Einsparung von Schulsekretärinnen-Stellen; bei Hausmeistern hört man von ähnlichen Absichten. Der Pferdefuß der bezirklichen Finanzautonomie wird deutlich: Bei der Zuweisung von Globalhaushalten gilt plötzlich kein Stellenplan für Schulsekretärinnen mehr, und die Bezirke können streichen, wo sie wollen. Wir sehen uns in der kaum zu bewältigenden Situation, in einer wichtigen Angelegenheit unsere Interessen bei 23 Bezirken vertreten zu müssen und keinen kompetenten Ansprechpartner auf Landesebene zu haben.

- Umgang mit der Landeshaushaltsordnung, Selbstbewirtschaftung

Bei Abfassung des Jahresberichtes erreicht uns die Nachricht, daß der Senator für Finanzen einen neuen Haushaltstitel 524 04 „Unterrichtsmittel in Schulen“ geschaffen hat, welcher die bisherigen Haushaltstitel für Lehr- und Lernmittel, Kopierkosten und Schulmobiliar zusammenfaßt. Dies entspricht einer Forderung, die wir immer wieder erhoben haben, und die in der Berliner Schule seit Jahrzehnten besteht. Die Maßnahme ist als geradezu sensationell zu werten, hieß es doch bisher immer: „Das geht nicht.“

Die IBS-Arbeitsgruppe für diesen Bereich hat eine Vorlage entwickelt, die nach Fertigstellung mit den Stadträten erörtert werden und jedem Mitglied eine Argumentationshilfe bieten soll.

Aktivitäten im politischen Raum

Mit Staatssekretär Ulrich Arndt, Senatsverwaltung für Schulwesen, führten Vorstandsmitglieder ein Gespräch am 09.05. (s. Bericht in PädF 4/94).

Gespräche mit den Fraktionen der SPD und von Bündnis 90/Grüne hatten gegen Jahresende 93 stattgefunden. Am 15.02. hatten Mitglieder des Vorstands im Gespräch mit den Schulpolitikern der CDU-Fraktion die Gelegenheit, ausführlich den Standpunkt des Verbandes zur Teilautonomie der Schulen darzulegen und zu diskutieren. Zu diesem Zeitpunkt waren in der CDU-Fraktion noch deutliche Vorbehalte gegenüber unseren Vorstellungen zu verzeichnen. U.a. diesem Gespräch schreiben wir es zu, daß sich die Einstellung der CDU und der Schulverwaltung in dieser Frage im Laufe des Jahres 94 erheblich verändert hat. Über die Gespräche mit den Parteien berichteten wir in PädF 2/94.

Am 02.11. lud die CDU-Fraktion Vertreter von Verbänden im Schulbereich zu einem Hearing ein, bei dem wir unseren Standpunkt zur Errichtung des Landesschulamtes und zur Stärkung der Eigenverantwortung der Einzelschule darlegen konnten.

Schulleiter- Aus- und -Fortbildung

Über die äußerst erfolgreiche Fortbildung für die Schulleiter-Bewerber im Ostteil der Stadt im Jan. 94 unter der Leitung von Herrn Ramfeldt berichteten wir in PädF 2/94.

Wie wir seinerzeit gefordert haben, hat der Verband einen Sitz im Beirat des Berliner Instituts für Lehrerfort- und -weiterbildung und Schulentwicklung (BIL) erhalten. Die Vertretung der IBS nimmt Herr Ramfeldt wahr. Der mit der Einrichtung des Bausteinkonzepts für die Schulleiterfortbildung, an der wir maßgeblich beteiligt waren, erreichte Stand ist z. Zt. gefährdet, doch sehen wir gute Aussichten, daß wir mit unserer in der Vergangenheit bewiesenen Kompetenz auf diesem Gebiet unsere Vorstellungen auch künftig werden durchsetzen können.

Bei unserer nun schon seit neun Jahren angebotenen Schulleiterfortbildung, geleitet von Herrn Winkler und Herrn Jurczok, ist die Teilnehmerzahl wegen geringerer Nachfrage aus den östlichen Bezirken erstmals wieder gesunken und ermöglicht es uns, den Kurs zweisemestrig anzubieten. Er ist nach wie vor der einzige, der von Lehrern, welche die Bewerbung um eine Schulleiter- oder Konrektorenstelle erwägen, in nennenswertem Umfang besucht werden kann und auch von daher nachgefragt wird.

Arbeitsgemeinschaft der Schulleiterverbände Deutschlands (ASD)

- **Frühjahrstagung in Bonn**

Die Frühjahrstagung der ASD in Bonn am 21./22.04. (s. PädF 3/94), bei der der IBS-Vorstand vollzählig vertreten war, galt der öffentlichen Vorstellung und Diskussion der in zweijähriger Arbeit unter maßgeblicher Berliner Beteiligung (Winkler, Jurczok) erstellten Dokumentation „Schulleitung in Deutschland“, einer umfassenden Darstellung des Berufsbildes „Schulleiter“. Diese stellt einen überhaupt nicht zu überschätzenden Meilenstein für die Schulleiterverbände dar. (Wir haben mehrfach darüber berichtet.) Der Vorstand hat diese Dokumentation an jeden Berliner Schulleiter und Stellvertreter versandt mit dem Ziel der Bewußtseinsbildung in der Schulleiterrolle und der Professionalisierung im Beruf.

- Herbsttagung in Weimar

Wie auch schon in Bonn wurden noch Änderungen der Satzung, die vom Registergericht gefordert wurden, beschlossen, so daß einer Eintragung als e. V. nun nichts mehr im Wege steht.

Die Teilnehmer wurden durch den Staatssekretär im Thüringer Kultusministerium über Entstehung und Entwicklungsstand des Thüringer Schulwesens informiert. Vertreter des Thüringer Institutes für Lehrerfortbildung, Lehrplanentwicklung und Medien stellten ihre durch einen riesigen Arbeitsumfang, aber auch durch Elan und Dynamik geprägte Arbeit dar.

Der Kassenbericht gab Anlaß zu kontroverser Auseinandersetzung, da der Vorstand mit dem ihm aus den regelmäßigen Beiträgen der Mitgliedsverbände zur Verfügung stehenden Etat von ca. 6000 DM nicht ganz ausgekommen war. Zudem war die Abrechnung der Bonntagung schwer zu durchschauen und wies einen Fehlbetrag auf, der aber vereinbarungsgemäß vorerst durch den Überschuß gedeckt wurde, der entstanden war, da die Druckkosten der Dokumentation „Schulleitung in Deutschland“ die Vorauszahlungen der Landesverbände beträchtlich unterschritten hatten. Es wurde vereinbart, daß die Guthaben der Landesverbände aus den Druckkosten der Dokumentation über einen Zeitraum von drei Jahren mit ihren Mitgliedsbeiträgen verrechnet werden, so daß der Vorstand der ASD liquide bleibt. Er wird mit einem Etat von jährlich ca. 7000 DM auskommen müssen. Herr Tulke, der die ASD-Kasse drei Jahre geführt hatte, wurde mit Dank von dieser Aufgabe entbunden.

Der tournusmäßig neu gewählte Vorstand blieb der alte: Vorsitzender: Klaus Cammans, Niedersachsen, Stellvertreter: Armin Hechler, Hessen und Michael Jurczok, Berlin.

Als Grundlage für die Arbeitsplanung der nächsten Jahre wurden an Hand einer Themenliste Prioritäten gesetzt. An erster Stelle standen dabei: Sicherung der Schulqualität, Beamtenstatus der Lehrkräfte und Schulleiter, Fortbildung von Schulleitern. Die Frühjahrstagung 95 in Bayreuth wird hierzu Beschlüsse fassen müssen.

- Kontakte zum Schulleiterverband Brandenburg

Nicht nur wegen der örtlichen Nähe, sondern auch im Hinblick auf eine mögliche Vereinigung der Länder Berlin und Brandenburg hat der Vorstand Versuche unternommen, den Schulleiterverband Brandenburg zu unterstützen. Nach einer euphorischen Gründungsphase ist der Verband infolge Neubesetzung der Schulleiterstellen und Inanspruchnahme der Schulleiter durch die Neuorientierung im Schulwesen auf eine Handvoll Mitglieder geschrumpft. Am 27.01. hat der Vorstand zusammen mit Herrn Rudolph, Vorsitzender des Brandenburger Schulleiterverbandes, ein Konzept für eine landesweite Tagung für Schulleiter entwickelt und über vorbereitende Schritte, insbesondere die Bildung eines arbeitsfähigen Vorstands, beraten. Am 01.11. nahm Herr Jurczok an einem Treffen Potsdamer Schulleiter teil, welches aber leider nicht mit dem notwendigen Elan an eine Neugründung des Verbandes heranging. Ein weiteres Treffen ist für Februar 95 geplant. Der Vorstand ist entschlossen, sich dabei stärker in die Aufbauarbeit in Brandenburg einzubringen.

06.02.1995

Michael Jurczok
Vorsitzender